Verantwortung für Kinder ist Verantwortung für Werte

Jeder von uns hat heute Morgen schon einem Kind ins Gesicht geschaut, also ein geistiges Fitnessprogramm hinter sich, und die Gedanken sind frei. An einem solchen Tag kann man den Mut haben, Grundsatzfragen anzusprechen, Grundsatzfragen nach den Werten, die diese unsere Gesellschaft, diesen unseren Staat, zusammenhalten.

Wir haben gegenwärtig das Glück einer öffentlichen Diskussion, die sich bewusst macht, dass wir nicht in einer wertelosen Gesellschaft leben wollen. Und wenn wir fragen, was denn unsere Werte seien, die uns binden, die unsere Zukunft bestimmen, dann haben wir eine sehr gute Erkenntnisquelle zur Beantwortung dieser Frage, nämlich das Deutsche Grundgesetz, das beginnt, dass jeder Mensch eine Würde hat: eine unverletzliche und unveräußerliche Würde. Daraus folgt, dass wir jedem Menschen, allein weil er Mensch ist, ungeachtet der Frage, ob er sonstige Verdienste hat - ob er Nobelpreisträger ist oder selbstverschuldeter Alkoholiker - als Mensch eine Würde zuerkennen. Und aus dieser Würde folgt, dass er Persönlichkeit hat, dass er fähig ist zur Freiheit, dass er Gleichheit beanspruchen kann - in der Zugehörigkeit zu dieser Kulturgemeinschaft -, dass er das Soziale der Gemeinschaft, insbesondere die Familie, pflegen wolle. Wir müssen also nicht lange suchen, wenn wir uns auf den Weg machen, diese Gesellschaft, diesen Staat wieder als einen wertegeprägten Staat zu etablieren.

Allerdings wissen wir auch, dass diese Gedanken: Würde, Freiheit, Gleichheit, das Soziale der Familie - relativ abstrakt sind. Und deswegen brauchen wir eine Idee, die sich fundiert, und zum anderen müssen wir diese Werte sichtbar machen - in Bildern und Vorbildern begreifbar machen. Wenn wir nach der Idee fragen, woher kommt dieser Gedanke, dass jeder Mensch eine Würde habe, dann erinnern wir uns an unser schönes Europa, das Christentum, das uns sagt: Der Mensch ist Imago Dei. Er ist ein Ebenbild Gottes und noch deutlicher, diese Religion sagt uns, dass Gott Mensch geworden ist. Wir haben also ein Menschenbild, in dem Gott eine Heimat findet. Ein solches Bild vom Menschen gibt es in keiner anderen Kultur. Und wenn wir das zu Ende denken, ist es eine Verpflichtung, die uns fast den Kopf sprengt. Wenn wir deswegen nach Ideen suchen, die diese Wertegesellschaft vertieft und bekräftigt, müssen wir uns die Ideen, die wir haben, geläufig machen.

Wir brauchen dann noch ein Zweites: Diese Idee muss sich in Vorbildern persönlich darstellen. Da denken wir vielleicht an den Philosophenkönig, der die Ideale in Wirklichkeit von Staat und Gesellschaft umsetzt. Da denken wir an den großen Erfinder, an die Dichter, an die Märtyrer, an die Fußballhelden. Ja, wie schön waren die letzten Wochen, wir haben es alle genossen, ein Meer von weltoffenem Schwarz-Rot-Gold. Was konnte uns

Besseres passieren? Wir stehen jetzt vor der Aufgabe, diesen Elan, diesen Schwung der Erneuerung zu bewahren und in unseren Alltag hineinzutragen.

Vor 15 Jahren hatten wir die einmalige Reformfähigkeit Deutschlands, wegen derer die Welt den Atem angehalten hat, die Wiedervereinigung. Das hat es noch nie gegeben in der Rechtsgeschichte, dass zwei, sich erst feindlich gesonnene Staaten, in einer Idee - vielleicht nicht ganz präzise in jedem Kopf, aber erahnt – in der Idee dieses freiheitlichen auf Würde aufbauenden Staates in der Kulturgemeinschaft, in der Sprachgemeinschaft der Deutschen, wieder vereinigt sein wollen. Und diese Vereinigung ist gelungen mit Gedanken und mit der Kerze in der Hand. Ohne jede Waffe. Das gab es noch nicht. Und deswegen sage mir keiner, dieser unser Staat sei nicht reformfähig! Natürlich sind wir von dieser Wiedervereinigung - es war eine gewaltige Leistung, und wir müssen die innere Wiedervereinigung Deutschlands heute auch noch weiter pflegen - ein bisschen erschöpft. Aber nach 15 Jahren ist dann auch mal Schluss mit der Erschöpfung! Jetzt sammeln wir die Kraft . . . .

Ich möchte Ihnen heute nicht ein solches großes Ideal als Vorbild vorstellen, sondern diese Ideale mit einem Gesicht versehen, und zwar mit dem Gesicht unserer Kinder. In jedem Kind ein Mensch mit dieser Würde! Ein Mensch - noch völlig unverbildet - ein Buch, in das noch nichts geschrieben steht, schaut uns an und fragt uns: Welche Zukunft wirst du mir anbieten? Und deswegen haben wir eine Verantwortung für dieses unser Kind und Enkelkind, das zugleich die Verantwortung ist für diese unsere Werte. Wenn wir an dieser Stelle der persönlichen Begegnung jeden Tag - bepackt mit unserer Zukunft - die Kraft zur Freiheit haben, die Kraft zum Dialog, die Kraft zur Humanität im Alltäglichen, dann wird dieses Konzept gelingen. Wenn wir an dieser Stelle unsere Werte nicht entfalten können, dann wird es dem Staat auch nicht gelingen. Und wenn wir an dieser Stelle nicht lernen, dass der junge Mensch, das kleine Kind, ungeheure Fähigkeiten mitbringt, die wir in Faszination beobachten, die wir ihm nicht vermitteln müssen, wenn wir also dieses Freiheit- und Würdevertrauen in den eigenen Menschen nicht hätten, dann hätten wir keine freiheitliche Zukunft. Ich erlebe es wieder bei meinen Enkeln. Es kommt auf die Welt und kann nicht laufen, Wir machen ihm keine große Gymnastik vor, wie man laufen kann, das kann er. Plötzlich kann er es! Großartig! Er hat die Fähigkeit in sich. Vielleicht hat er mal zugeschaut. Ich weiß es nicht. Aber er hat ungeheure Fähigkeiten, sich als ein Mensch in Würde zu entfalten. Und plötzlich wissen wir wieder, dass Wert und Würde nicht nur semantisch dieselben Wurzeln haben. Es ist dieselbe Idee des einzelnen Menschen und der menschlichen Gemeinschaft. Und dazu will ich Ihnen heute fünf Überlegungen vortragen.

1. Hat sich bei uns in Deutschland der Wertewandel ereignet, der die herkömmlichen Werte in Frage stellt, von dem so viel geschrieben und gesprochen wird?
2. Was sind die Gründe für die Gefährdung, weswegen wir uns wieder auf den Weg zur Erneuerung dieser Werte machen müssen?

3. Haben wir die Kraft, das Freiheitsangebot zum Kind, die Freiheit zu Ehe und Familie auch tatsächlich anzunehmen?
4. Wie verhält es sich mit familiärer Nähe und sozialstaatlicher Kälte?
5. Was ist zu tun?

Zum Wertewandel:
Deutschland ist eines der ärmsten Staaten dieser Erde. Wenn Sie die Armutsstatistik, einen Vergleich von den 191 Staaten dieser Erde (alle zwei Jahre veröffentlicht) einmal beobachten, dann sehen Sie, dass unter diesen 191 Staaten in der Armutsstatistik, je nach dem wie man rechnet, Deutschland an der Position 186 oder 191 steht. Wir sind die Ärmsten. Es gibt keinen Staat der Welt - und Sie wissen, ich spreche jetzt nicht von unserem Kapitalreichtum, sondern ich spreche von unserem Kindermangel - es gibt keinen Staat dieser Erde, in dem so viele Menschen ohne Kinder leben. Es gibt keinen Staat dieser Erde, wo die Diskrepanz zwischen Kapitalreichtum und Kindermangel so weit auseinanderklafft wie bei uns. Wir haben die besten Bedingungen, um eine Lebenskultur zu entfalten. Fünfzig Jahre Frieden und eine Verfassung, die weitere 50 Jahre Frieden verheißt, das hat es in Mitteleuropa noch nie gegeben. Wir sind wirtschaftsstark, eine der reichsten Länder dieser Erde, wir haben eine wunderbare Kultur. Denken Sie an unsere wunderbare Sprache, in der wir uns gegenwärtig begegnen dürfen, denken Sie an unsere Musik, Bach, Beethoven und Mozart. Wo immer Sie hinkommen, in allen Konzertsälen dieser Welt wird diese unsere Musik gespielt. Und wir haben wunderbare junge Menschen. Wir haben einen Hörsaal in Heidelberg, ich denke Herr Prof. Berger wird das bestätigen, wir haben selten so gute Jahrgänge gehabt wie in diesem Jahr: Aufgeschlossene Menschen, artikulationsfreudig, interessiert an Grundsatzfragen und bereit, die Ärmel aufzukrempeln. Und dann haben wir eine wunderbare Landschaft und eine herrliche Tradition, muss ich das in dieser Burg eigentlich noch verkünden?! Wir haben also alle Voraussetzungen, dass dieses Projekt einer hoffnungsvollen Zukunft gelingt. Und dennoch, das müssen wir so klar formulieren, versagen wir gegenwärtig in der zentralen Frage, nämlich der Offenheit für unsere Zukunft. Wenn wir immer weniger Kinder haben, sind alle weiteren Bemühungen völlig uninteressant für die Rechtsgemeinschaft in Deutschland. Also, unser politischer Erfolg, unser wirtschaftlicher Erfolg, unsere sportliche Begeisterung, läuft ins Leere, wenn wir keine jungen Menschen mehr haben. Wir müssen es unseren Menschen, die sehr stark ökonomisch denken in Deutschland, immer ökonomisch bewusst machen: Wenn wir immer weniger Menschen haben, dann haben wir immer weniger Produzenten und Konsumenten und Arbeitnehmer und Nachfrager. Das erlebt gegenwärtig der Produzent von Babynahrung. Der wirbt im Moment gerade damit, dass auch die alten Menschen mit Babynahrung gesund werden können. Ja, das ist folgerichtig, nicht? Dem bricht sein Inlandsmarkt weg. Aber was heute die Babynahrung ist, sind in fünf Jahren die Fahrräder, sind in zwanzig Jahren die Autos und in dreißig Jahren die Häuser. Das zieht sich doch so durch, z.B. wenn wir gegenwärtig beobachten: Wir sind wirtschaftlich stark, aber in der Inlandsfrage schwach. Und in den USA und Indien ist das umgekehrt, sie sind in der Inlandsnachfrage stark, und deswegen sagen Ihre Analysten Ihnen: Geben Sie Ihr Geld

nach Indien und USA – das ist doch der einfache Ausdruck: Dort sind die jungen Menschen.

Wir haben also einen Krisenbefund, dem wir uns mit großem Ernst widmen müssen. Die Antwort der veröffentlichten Meinung ist die: Regt euch doch nicht auf, wir sind eine freie Gesellschaft, und die freien Menschen haben sich gegen das Kind entschieden, und wenn der freie Mensch das so will, dann ist das für die Konzeption der Freiheit gut. Also Wertewandel, also alles in bester Ordnung. Diese These vom Wertewandel ist normativ, und sie ist empirisch falsch. Sie ist normativ falsch, weil sie nicht erkennt, dass eine Fehlentwicklung nicht durch das Recht verstärkt werden muss, sondern das Recht gegen diese Fehlentwicklung kämpfen muss. Wenn wir statistisch belegt gesagt bekommen, dass auf deutschen Straßen immer wieder Menschen sterben, jeden Tag, und wir würden daraus die Konsequenz ziehen, ergo gilt das Gebot: „Du sollst nicht töten“ auf deutschen Straßen nicht, weil der Trend dahin geht, dann würden Sie sagen: Mit diesem Menschen, der so argumentiert, lohnt es sich nicht zu sprechen. Er hat nichts begriffen. Er hat insbesondere nicht begriffen, dass wir alle Kraft der Normen gegen dieses Unheil wenden müssen. Und genauso ist es bei unserer Zukunft. Wenn wir die Zukunftsfähigkeit im Kind verlieren - und der Befund droht - dann müssen wir alle Kraft, die wir haben - und wir haben vor allem die Kraft des Rechts und die Kraft des Geldes im Staat - einsetzen, um dieser Fehlentwicklung gegenzusteuern.

2. Die These vom Wertewandel ist glücklicherweise auch empirisch unrichtig.
Sie kennen vielleicht die Umfragen, und jeder, der mit jungen Menschen zu tun hat, erlebt es ja in der Gegenwart beglückend: Die jungen Menschen wollen Kinder. Sie müssen sehr genau auf die Fragestellung hören. Wenn Sie fragen: Werden Sie das nächsten Jahr ein Kind bekommen, sagen sie nein. Aber wenn Sie fragen: Was ist für das Gelingen Ihrer Biographie das Wichtigste, da kann man dann antworten: Reichtum oder Gesundheit oder politische Macht oder Reise oder irgendwas. Dann sagen 81% der jungen Menschen zwischen 18 und 38, also dem Alter, in dem man normalerweise Kinder kriegt: Das Wichtigste für das Gelingen meiner Biographie sind Kinder, im Plural. Und wenn Sie dann die Menschen über 60 fragen, was für sie das Wichtigste sei zum weiteren Gelingen ihres Lebens, dann sagen 88 % an erster Stelle: Enkelkinder, im Plural. Diesen Menschen kann geholfen werden.

Ich stelle die Frage in unserem freiheitlichen Staat: Warum tun diese Menschen nicht das, was sie wollen, wenn es für ihre Biographie und unsere gemeinsame Biographie unerlässlich ist? Sie tun es nicht, sie folgen nicht ihren freiheitlichen Gedanken, weil die Rahmenbedingungen zur Wahrnehmung dieser Freiheit nicht stimmen. Und da würde ich Ihnen in meinem zweiten Punkt kurz die Gründe skizzieren. Die Gründe liegen nicht in einer allgemein Kinderfeindlichkeit dieser Menschen, sondern die Gründe liegen darin, dass wir uns entwickelt haben, in einer sehr stark ökonomisch orientierten Industriege-

sellschaft, in der der „höchste Wert“ der Erwerb ist, das Einkommen, die berufliche Anerkennung. Das fing an mit der Trennung von Berufsort und Familienort. Im 19. Jahrhundert, zu dem keiner zurück will, haben die Menschen auf dem Bauernhof, auf dem Gewerbebetrieb gelebt. Und da waren Vater und Mutter zugleich Betriebsvorstand. Und sie haben am selben Ort gearbeitet, erworben und ihre Kinder erzogen. Da war natürlich die Vereinbarkeit von Familie und Beruf leichter möglich als heute bei den jungen Menschen, die in ihren kleinen Vierzimmer-Wohnungen leben und morgens vor der Frage stehen, verlasse ich mein Kind und gehe in den Beruf oder bleibe ich zuhause und verzichte. Aus dem Freiheitsangebot zu Familie und Beruf ist eine Alternative geworden, entweder – oder. Das ist uns so passiert, weil wir uns sehr stark eingegliedert haben in diese Erwerbsgesellschaft. Das muss aber nicht so sein, und deswegen müssen wir darüber nachdenken.

Das Zweite ist die ökonomische Entwertung der Erziehungsleistung. Wir müssen in dieser Leistungsgesellschaft fragen: Welche Leistung ist uns die Wichtigste? Brauchen wir mehr Autos, brauchen wir mehr Computer oder brauchen wir mehr Kinder? Ja dringend! Wir brauchen mehr Kinder. Und wenn das richtig ist, dass die Leistung, Kinder geboren und erzogen zu haben, die wichtigste Leistung ist, dann müssen wir diese Leistung anerkennen, und zwar in der Gesellschaft, in der Honor und Honorar sehr eng beieinander liegen, so anerkennen, dass wir diese Menschen, die die wertvollste Leistung erbracht haben, die wir brauchen, an den Einkommensströmen beteiligen. Aber das Gegenteil ist hier passiert. Was haben wir getan?
Wir haben denjenigen, der erzieht und den nenne ich jetzt Mutter, vergessen. Sie wissen, es kann auch mal der Vater sein, aber ich gehe aus von dem natürlichen Befund, dass das Kind von der Mutter geboren wird, dass das Kind im ersten Jahr jeden Tag fünf mal eine halbe Stunde bei der natürlichen Ernährung in das Gesicht seiner Mutter schaut, und die Gehirnforscher sagen uns, dass dieses Gesicht sein Weltbild ist. Wer dieses Weltbild zu früh variiert, wird das Kind in seinem noch unausgebildeten Gehirn überfordern, und das Kind kommt in eine Stresssituation, die dann seine Entwicklung zur Motorik, zur Sprache, zur sozialen Begegnung erschwert. Ich spreche also im Bewusstsein der Gleichberechtigung. Gleichberechtigung heißt: Wir haben die Kraft, die Ähnlichkeit und Verschiedenheit der Menschen zu erkennen. Also im Bewusstsein der Gleichberechtigung spreche ich jetzt primär von der Mutter.
Und was haben wir getan mit der Mutter? Sie bekommt kein Einkommen, aber sie schafft einen ganz großen ökonomischen Wert, das ist das Kind. Und deswegen sagt unser Familienrecht - das vierte Buch des BGB ist geltendes Recht -, dass diese Mutter in allen Situationen der Krise, der Arbeitslosigkeit, der Krankheit, der Altersgebrechlichkeit eine Sicherheit hat; denn ihr Kind ist dieser Mutter zum Beistand und zum Unterhalt verpflichtet. Und deswegen stand in den Kommentaren, von 1950 etwa, Kinderreichtum ist Reichtum. Wenn ich viele Kinder habe, kann ich gelassen in die Zukunft schauen, mir wird nichts passieren. Was ist uns passiert? Wir haben ein staatliches System der Sozialversicherung eingeführt für Altersvorsorge, Krankheit, Arbeitslosigkeit. Eine Errungenschaft, ein Glück für die Menschen, die das Unglück haben, keine Kinder zu haben, die sind im

Alter gesichert. Wunderbar, das stellt keiner in Frage. Nur, in diesem sozialen Sicherungssystem ist eine Person aus eigenem Recht fast nicht berechtigt, und das ist die Person, die diesen Generationenvertrag ermöglicht, die Mütter. Das ist ein Skandal!
Wie konnte das geschehen? Wir haben gesagt, in diesem sozialen Sicherungssystem muss jeder Beitrag zahlen, die Mutter zahlt keinen Beitrag; denn sie kriegt ja für ihre Leistung, anders als die Kindergärtnerin und die Lehrerin, keinen Lohn, deswegen kann ich keinen Beitrag abzweigen, also hat sie zum Generationenvertrag nichts beigetragen. Absurd, aber so denken wir noch heute. Sie wissen, es gibt zwei Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts: die Trümmerfrau. Da war eine Mutter, hat nach dem Krieg, der Mann war noch in Kriegsgefangenschaft, mit ihren Händen das Haus wieder aufgebaut aus den Trümmern. Und außerdem hat sie ihre sieben Buben ordentlich erzogen. Und weil die sieben Buben ordentlich erzogen waren, waren die wirtschaftlich erfolgreich, und weil sie wirtschaftlich erfolgreich waren, haben sie monatlich, der Fall spielt 1992, 7000,- DM in die Rentenkasse eingezahlt. Die Mutter hatte ja zu diesem Generationenvertrag nichts beigetragen. Also bekam sie 273,- DM Rente. Das reichte nicht zum Leben pro Monat und deswegen beantragte sie Sozialhilfe. Der Staat gewährte ihr Sozialhilfe, nahm aber Rückgriff bei den Buben, weil die Söhne sich nicht ordentlich um die Mutter gekümmert hätten. Und da sagen die Söhne vor den Schranken des Gerichts: Wir zahlen 7000,- DM in diesen Generationenvertrag, da dachten wir eigentlich, dass 6500.- DM bei unserer Mutter ankommt. Und da wurde plötzlich transparent - und das Bundesverfassungsgericht hat es ausdrücklich gesagt, ich durfte an einer dieser Entscheidungen mitwirken - dass mit jedem Rentenreformschritt zunächst einmal dieses familiäre Unrecht beseitigt werden muss.

Und jetzt kommt das, was Herr Dr. Schetelig am Anfang gesagt hat. Die rechtlichen, verfassungsverbindlichen Maximen haben wir geschaffen - die Umsetzung ist noch etwas schwierig, vorsichtig ausgedrückt - jetzt wird die Kindererziehungszeit angerechnet. Also, wir haben das Tor aufgemacht, aber leider nur einen kleinen Spalt. Denn wenn Sie diese Kindererziehungszeiten heute nehmen für eine Mutter, die z.B. sechs Kinder erzogen hat, dann bekommt sie just das, was sie auch ohne Erziehung als Sozialhilfe bekäme.

So war das nicht gemeint. Und deswegen müssen wir dieses zarte Pflänzchen der Kindererziehungszeiten täglich so begießen, dass eine deutsche Eiche draus wird. Wir haben das Konzept, aber wir haben noch nicht die Kraft, die Geldmittel, über die wir verfügen, im Konflikt Wirtschaftsanliegen und Familienanliegen so zu verteilen, dass die Schwächsten in dieser Gesellschaft, und das sind die Kinder, davon profitieren! Ich engagiere mich aber. Wenn Sie zwölf Jahre in dem Reparaturbetrieb dieser Republik tätig waren, die wir Bundesverfassungsgericht nennen, die in den Grundrechtsfällen immer für die Schwächsten kämpft, dem Schwachen, dem Einzelnen gegenüber der Mehrheit sein Recht durchzusetzen, dann werden Sie verstehen, keiner kann aus seiner Haut. Aber: Ich kämpfe für diese Kinder!

Kinder haben in dieser Demokratie keine Stimme. Und das ist ein interessantes Phänomen, wenn wir das Glück haben, immer älter werden zu dürfen, dann wird sich das Wählerpotential immer mehr auf die älteren Menschen verlagern, dann wird in einer Demokratie die Politik die älteren Menschen in den Blick nehmen, die Rente nicht kürzen, aber die Zuwendungen für die Kinder kürzen, weil die Kinder allein rechnerisch in einer Demokratie keine Rolle spielen. Sie haben kein Wahlrecht. Und deswegen müssen wir die Frage stellen: Was ist das Grundprinzip dieser Demokratie? Ein Mensch – eine Stimme. Ein Kind ist ein Mensch. Also hat ein Kind eine Stimme. Natürlich kann das Kind diese Stimme nicht selber ausüben, bis es voll geschäftsfähig ist, das können wir aber vom Recht her. Das Kind kann auch keine Verträge schließen, aber wenn das Kind eine Erbschaft gemacht hat mit drei Jahren, dann vertreten eben seine Eltern dieses Kind. Und deswegen kriegen die Eltern jeder wegen des Wahlgeheimnisses pro Kind eine halbe Stimme dazu, jeder Elternteil, bis das Kind volljährig ist. Und plötzlich haben wir wieder eine Zukunftsgewichtung unseres Wahlsystems. Darüber müssen wir nachdenken.

Die jungen Menschen werden viel zu spät vor die Alternative gestellt, eine Familie zu gründen. Unser Ausbildungssystem ist so lang, erst ein Gymnasium mit 9 oder 8 Jahren, dann 5 Jahre Studium, dann kommt die Berufsqualifikation, Referendariat usw., wir haben Hochschulabsolventen die im Durchschnitt mit 28 Jahren die Universität verlassen. Bis sie dann voll qualifiziert sind, sind sie 31 und manche sagen dann sogar noch in Freiheitszaghaftigkeit: Ich muss eine Lebensstellung bekommen, bevor ich über das Kind nachdenke. Und dann ist es zu spät, denn die Biologie sagt: Alles im menschlichen Leben hat seine Zeit. Und wenn ein junger Mensch von 23 bis 33 über den geeigneten Ehepartner nachgedacht hat, dann wird er seine Vorstellungen in jedem dieser zehn Jahre weiter so idealisieren, dass es einen solchen Helden und eine so schöne Frau im Diesseits überhaupt nicht gibt. Und deswegen müssen wir den jungen Menschen sagen: Nehmt uns so, wie wir sind. Wir sind Menschen. Und Ehen macht man mit Menschen, nicht mit Idealen. Und von daher müssen wir die jungen Menschen in ihre Entscheidungsalternative drängen. Ich erlebe das immer wieder mit meinen Doktorandinnen. Bei der Frau ist die Frage strenger, weil die Biologie dort kategorisch ein Ende setzt. Wenn eine junge Juristin kommt, bei mir promovieren möchte, und wir haben ein schönes Thema gefunden, ich sage, jawohl, ich betreue Sie. Dann frage ich diese junge Frau: Was haben sie familiär vor? Dann schaut sie mich an mit einem Blick, an dem man erkennen kann, dass sie sich innerlich sagt, also einen solch indiskreten Professor hätte ich in Deutschland nicht erwartet. Und dann sage ich ihr, bevor sie antwortet: „Beantworten sie diese Frage nicht mir, sondern sich. Mich geht’s nichts an. Aber Sie sollten eine bewusste Entscheidung treffen, dass Sie nicht in eine Entwicklung hineinstolpern mit einer Qualifikation und noch einer Qualifikation. Alles großartig, aber mit 40 sagt der junge Mensch: ‚Nein, so hatte ich es mir eigentlich nicht gedacht. Ich wollte etwas ganz anderes‘.“

Das darf nicht passieren! Wer sich bewusst und in Freiheit für ein Leben ohne Kind entschieden hat, einverstanden, ist gut. Aber, er soll sich die Alternativen bewusst machen der Nichtentscheidung. Keine Ehe ist eine Fundamentalentscheidung, weil wenn die Ehe zur potentiellen Elternschaft, also zur Familie werden soll, sie zu einer bestimmten Zeit gegründet werden muss.

Wir haben in Deutschland die Entwicklung, dass sich zwei gewaltige Mächte zusammengetan haben, halb bewusst halb unbewusst, gegen das Kind. Diese sind die Anliegen der Wirtschaft, und die Anliegen einer missverstandenen Gleichberechtigungstheorie. Die Wirtschaft braucht alle tüchtigen Hände. Das können gar nicht genug sein! Wir haben ja nicht nur ein Problem des Arbeitsplatzmangels, sondern wir haben vor allem ein Problem der qualifizierten Arbeitskräfte. Und die qualifiziertesten sind meistens die Mütter. Das kann ich ihnen auch belegen. Ich arbeite in der Frankfurter Stiftung „Familie und Beruf“ mit, dort bin ich Vorsitzender des Beirats, und wir zeichnen jedes Jahr Unternehmen aus, die in besonderer Weise die Familienfreundlichkeit organisieren, und diese Unternehmen sagen, wenn es uns gelingt, eine Mutter, nach Erfüllung ihres Familienauftrags, also wenn die Kinder aus dem Hause sind, für den Betrieb zu gewinnen, dass sie sich wieder einsetzt für den Betrieb, sind diese Arbeitskräfte ökonomisch die wertvollsten. Einer hat es mit der einfachen Formel gesagt: Dort, wo diese Mutter tätig ist mit ihrer Lebenserfahrung, das Kind getröstet hat, wenn es Fieber hatte, das Kind ermuntert hat, wenn es mit der schlechten Note nach Hause kam, das Kind wieder aufgerichtet hat, wenn der Freund, die Freundin es verlassen hat, diese existentiellen Erfahrungen in den Abteilungen, wo diese Mütter tätig sind, gibt es kein Mobbing. Ein Unternehmer, bei dem Frauen eine Halbtagsbetätigung suchen, weil sie sich weiter ihren Kindern und Enkelkindern widmen wollen, hat gesagt: Zwei halbe Frauen sind mehr als ein ganzer Mann.

Dieses berechtigte Anliegen der Wirtschaft, die Leistungsfähigen, die Tüchtigen, Mann und Frau für den Produktionsprozess zu gewinnen, verbündet sich mit einer anderen Kraft, die ihr eigentlich gar nicht nahe steht, und das sind die berechtigten Kämpferinnen für Gleichberechtigung, die allerdings - und da hört die Berechtigung auf - die Leistung, die Anerkennung der Frau ausschließlich im Einkommen, im beruflichen Erfolg definieren. Wir haben es öfter erlebt, dass die Frau mit dem größten Lebenserfolg tüchtige Kinder und Enkelkinder hervorgebracht und gut erzogen hat, sich aber in manchen Gesellschaften rechtfertigen muss, weil ihr „Kleinbetrieb“ - das ist ein sehr privater, und individueller und vielseitiger Kleinbetrieb - nicht zu Einkommen führt. Familie bringt zwar die größten Wirtschaftswerte hervor, die zukünftigen Menschen und die Hauskultur, selbstverständlich, aber er ist formal am Einkommen nicht beteiligt.

Diese beiden Kräfte tun sich zusammen und sind sehr mächtig in der öffentlichen Meinung und im Wirtschaftssystem. Das müssen wir sehen, und dagegen müssen wir uns mit aller Kraft unserer Rationalität wenden. Wir stehen also vor der Frage, und ich darf es

einmal pointiert formulieren: Wollen wir eine im Erwerbserfolg sterbende oder eine im Kind vitale Gesellschaft sein? Wenn wir diese Frage falsch beantworten, haben wir versagt.

Aber wir haben eine gute Chance. Wir haben unsere Verfassung, die in Artikel Sechs sagt: „Ehe und Familie“ gehören zusammen, „stehen unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung“.

Es ist ein schöner Satz, wir haben ihn in der europäischen Grundrechtscharta verloren. Da ist nicht mehr von Ehe und Familie die Rede, sondern vom Recht zur Ehe, der beruflichen Sicherung der Frau und der Lohnfortzahlung im Falle der Geburt. Aber der Gedanke, dass Ehe und Familie zusammengehören, dass Ehe potentielle Elternschaft ist, dass die Kinder sich am besten entwickeln können, wenn sie das Glück haben, Vater und Mutter zu haben, täglich, das steht in der europäischen Grundrechtscharta nicht mehr drin. Und deswegen müssen wir den Menschen in Deutschland bewusst machen, dass dieses Konzept einer freiheitlichen Gesellschaft ohne Familie nicht gelingen kann.
Die Familie ist zunächst einmal die Lebensgemeinschaft, die Beistandsgemeinschaft, die Hausgemeinschaft, die Hilfe in Alter und Gebrechlichkeit. Wer glaubt, sich im Alter mit der einen Hand auf einen 500,- € Schein stützen zu können und mit der anderen Hand auf eine Aktie, der wird mit diesem Projekt scheitern. Er braucht eine menschliche Hand, und wenn das Schicksal es gut mit ihm meint, ist es die Hand von Sohn oder Tochter, Schwiegersohn oder Schwiegertochter, die diesem Menschen zugewandt ist, weil sie diesem Menschen etwas verdanken, weil sie an Kontinuität der Familie denken. Weil sie wissen, so, wie ich meine Eltern behandle, werden meine Kinder mich behandeln. Also, wenn wir nur einen Gedanken des Eigennutzes in der langfristigen Entwicklung unserer Biographie dominieren lassen würden, müssten wir dieses Konzept der Familie vertreten.

Ehe ist potentielle Elternschaft. Wir kämpfen darum, dass die jungen Menschen als Mann und Frau zusammenleben, aber nicht mal das ist mehr selbstverständlich, weil wir sehen, dass - und so banal ist nun mal das Recht mit seiner jahrhundertelangen Lebenserfahrung - wir nur dann eine Zukunft im Kind haben, wenn der Mann mit der Frau zusammenlebt. Und deswegen schützen wir das als Ehe und alles andere nicht als Ehe.
Wir wissen, dass die Familie unverzichtbar ist zur Einführung in die Kulturfreiheit. Das ist das, was ich mit Verantwortung für Werte bei den Kindern meine. Ob die Eltern mit ihrem Kind ein Lied singen, ob die Eltern mit ihrem Kind beten, ob die Eltern mit ihrem Kind, wenn es größer geworden ist, Literatur lesen, mal auf den Spuren der Geschichte gehen, die Idee dieser freiheitlichen Demokratie vermitteln, das ist die entscheidende Prägung für das Kind, die durch staatliche Institutionen, Schulen, ergänzt werden, aber nicht ersetzt werden können. Nehmen wir einmal die elementare Kulturfreiheit, die Freiheit zur Religion. Der Staat ist weltanschaulich neutral. Er darf das Kind mit dem staatlichen Instrumentarium nicht in eine bestimmte Religion hineinführen. Also sind die Kinder darauf angewiesen, wenn sie dieses Phänomen der Freiheit, Artikel 4 unserer Verfassung erleben

wollen, von den Eltern in diese Freiheitsfähigkeit hineingeführt zu werden. Und wenn der Staat sagen würde, ich mach das in weltanschaulicher Neutralität, indem ich Lebenskunde, Ethik und Religion gleichzeitig lehre und alle Religionen auf einmal, damit der Horizont weit wird, das wäre genauso, als würden Sie Ihr Kind in die Musik einführen, es nicht zunächst Blockflöte und dann Klavier und so fort lernen lassen, sondern alle Instrumente gleichzeitig, dann lernt es nämlich keines. Und deswegen müssen wir dafür sorgen, dass diese Wurzel unserer Kultur - der Verfassungsbaum wächst nur, wenn wir den Humus in seinen Wurzeln pflegen - nicht verloren geht. Der Zugang zu dieser Wurzel sind die Eltern. Wenn die Eltern versagen, kann es der Staat nicht auffangen. Er darf es in der Religionsfreiheit nicht einmal auffangen. Und deswegen ist die Frage, ob die kleinen Kinder in staatlichen Einrichtungen (Modell Sparta hat viele Krieger hervorgebracht), erzogen werden oder in den Familien (Modell Athen hat viel Kultur hervorgebracht). Diese Frage, wer das Kind erzieht, ist für die geistige Weite des Kindes, die es in unserer Gesellschaft mehr denn je braucht, fundamental entscheidend. Und wenn wir jetzt mit den staatlichen Anreizen des Rechts und der Finanzen gegensteuern, vielleicht gegensteuern durch manche, die gar nicht ahnen, welch gefährlichen Weg sie dort beschreiten, dann müssen wir mit den Instrumentarien des freien Bürgers - die Gedanken sind frei und die Äußerung der Gedanken sind frei - die Kraft dieser Gedanken in die freiheitliche Demokratie hineintragen. Es ist ein Angebot. Sie können es annehmen, Sie können es auch brachliegen lassen. Die Stärke dieses Staates sind wir, nicht die Politiker.

Ich habe im letzten Jahr vier Wochen ungewollt eine Crashtour gemacht in praktischer Politik. Ich habe mit den Menschen gesprochen, um zu werben für eine Erneuerung dieses Verfassungsstaates, eine Erneuerung des Familienbildes, eine fundamentale Vereinfachung des Steuerrechts. Und ich hatte in diesen vier Wochen täglich vier Veranstaltungen - mit großen Reisen zwischendrin, manchmal 200 – 300km, was einen Professor aus Heidelberg beeindruckt; denn das ist er nicht gewohnt. Ich habe immer erlebt, wenn ich über Steuerrecht spreche, dass der Funke immer überspringt, die Menschen verstehen das. Und wenn ich über Familie spreche, springen zwei Funken über. Denn jeder hat das Gespür, dass hier unsere Gesellschaft völlig aus ihrem Gleichgewicht geraten ist. Ich musste mich auseinandersetzen mit der Frage, ob ich ein Familienbild aus dem 19. Jhd. hätte. Mir wurde mein Vorwort vorgehalten, das ich zu einem Buch der Familie Liminski geschrieben hatte, Herr und Frau Liminski haben zehn Kinder miteinander. Die haben diese Erfahrungen ihrer Familie zu einem heiteren sozialkritischen Buch geformt, und ich habe dort ein Vorwort geschrieben voll Bewunderung für Mutter Martine Liminski, eine charmante Französin. Ich würde das Vorwort heute noch genauso schreiben. Und jeder, der dieses Buch liest, weiß, es ist ein Vorwort für diese Frau, mit ihrer besonderen Biographie. Aber in der Aufgeregtheit des Wahlkampfes war das nun plötzlich mein Familienbild, - ich würde jeder Frau empfehlen, zehn Kinder zu haben. Das war so nicht gesagt, aber, ja, das ist ein wichtiges interessantes Phänomen unsere Mediengesellschaft, ich habe es überall richtiggestellt, nur, ich hatte nicht die großen Foren. Ich hatte die Säle mit 300

und 3000. Der Gegenstreiter hatte das Fernsehen mit 3 Millionen oder auch mal 12 Millionen. Und plötzlich sagte man mir, ich habe ein Familienbild, mit dem ich mich verstecken müsste. Mir lag's auf der Zunge, ich hab es aber nie gesagt, weil ich andere Maßstäbe von der Wissenschaft her habe, ich habe es vermieden, einfach einmal die Menschen zum Tatvergleich zu veranlassen. Ich müsste mich, verglichen mit dem Kontrahenten und seiner Familie nicht verstecken. Mit einem Leben, in dem ich jetzt 37 Jahre mit derselben Frau zusammenlebe, vier Kinder, vier Schwiegerkinder, acht Enkelkinder, eins im Sinn - da kann man schon übers Familienbild sprechen. Da dürfte man wohl fragen: Was hat jeder mit seinem Familienbild für diese Gesellschaft ausgerichtet? Das könnte doch für den Wähler interessant sein. Wenn der Wähler hingegen bei seiner Wahlentscheidung über die personellen und programmatischen Alternativen, über die er zu entscheiden hat, nicht richtig unterrichtet ist, könnte das für die Legitimation der Wahl ein Problem sein. Denn wenn der Wähler falsch entschieden hat, weil er nicht wusste, worüber er entscheidet, weil es nicht gelungen ist die programmatischen und personellen Alternativen deutlich zu machen, dann stimmt im Wahlverfahren etwas nicht. Auch darüber müssen wir für die Zukunft nachdenken.

Welche Rahmenbedingungen müssen wir ändern?

Wir müssen den Menschen bewusst machen, dass die Begegnung mit dem Kinde eigentlich das größte Glück ist, das ein Mensch erleben kann. Das ist das Erste und Zentrale. Nur das können wir von Staats wegen nicht organisieren. Das ereignet sich in der Freiheit, in dem sozialen Phänomen der Begegnung des Dialogs in den Familien. Und da müssen wir uns nicht verstecken. Ich spreche von den Rahmenbedingungen. Ich spreche von der Frage, ob der Vorwurf, der mich hier bei meinem 4-wöchigen Abenteuer erreicht hat, wenn ich für die Familie in ihrer Freiheit und individuellen Prägung mich einsetze, ob ich dadurch soziale Kälte verbreite. Das war der Vorwurf. Die Frage ist also, erwarten wir soziale Wärme von den Juristen und Ökonomen, die ihre Kunst in den Dienst des Staates auf die Menschen ergießen, oder erwarten wir soziale Wärme von der Begegnung zwischen Eltern und Kind. Das war die Frage, die sich mir stellte. Und der Gegenspieler hat immer gesagt, die soziale Wärme ist das Geld, das der Staat gibt. Das ist was Schönes, das wollen wir gar nicht bestreiten, aber gar so warm ist es nicht. Es verbreitet nur Wärme, wenn es der Mutter in die Hand kommt, die daraus was Gutes für ihre Kinder macht.

Also: Der Verteilungsaggregat - ich nenne es bewusst so neutral - der Mutter ist unverzichtbar, war aber gänzlich ausgeblendet. Sie wissen, wir hatten damals die Idee, wir wollten eine Regierung bilden, und fast hätten wir es ja auch geschafft. Wir haben etwas anderes bekommen. Wir haben zwei Parteien, die eine Koalition bilden, die ganz sicher sind, bei der nächsten Wahl Gegner zu sein, und die sich deswegen belauern und gucken, dass der andere einen Fehler macht und ich selbst einen propagandistischen Vorteil habe. Was dabei herauskommt im Hinblick auf unser Thema, ist das Elterngeld. Das Elterngeld ist, wenn Sie den Begriff hören, etwas Großartiges. Wir bezahlen Menschen, weil sie Eltern sind. Phantastisch, genau das ist das Richtige! Wir haben es begriffen, aber wir

haben es nicht richtig ausgeführt. Wenn wir jetzt dort Zahlungen haben zwölf Monate im annex zu dem Erwerbserfolg, den die Mutter davor hatte, und dann nach zwölf Monaten einen finanziellen Anreiz, dass sie jetzt wechseln möge, jetzt möge der Vater zwei Monate erziehen und dann die Mutter - dieses Konzept atmet Weisheit. Unsere jungen Männer und Väter lassen sich nicht mit zwei Monatsanreizen kaufen. Aber ich darf auch darauf verweisen: Das Bundesverfassungsgericht hat 1999 in der Frage der Kinderbetreuungskosten allein für Alleinerziehende ausdrücklich gesagt, dass der Staat seine Finanzmacht im Geben und im steuerlichen Nehmen nicht einsetzen darf, um die Autonomie der Eltern hinsichtlich der Selbstgestaltung ihres Lebensablaufs und ihrer Arbeitsteilung von Staats wegen zu lenken. Diese Frage ist verfassungsrechtlich entschieden. Aber diese Entscheidung hat die jetzigen Verantwortungsträger nicht mit der Deutlichkeit erreicht, dass sie daraus ihre Konsequenzen gezogen hätten. Da sind wir aber nicht wehrlos, sondern wir haben ein Verfassungssystem mit einer dritten Gewalt, der rechtssprechenden Gewalt, die dem gewaltunterworfenen Bürger in der Frage nach seinem Individualrecht Chancengleichheit, Waffengleichheit gibt. Vor den Schranken des Verfassungsgerichts ist der Gesetzgeber dem Bürger nicht übergeordnet. Sie stehen sich gleich. Eine Partei und die andere Partei. Strikte Legalität. Bis die Frage geklärt ist. Und dann gilt natürlich die Verbindlichkeit des Gesetzes und die Verbindlichkeit des Spruchs des Bundesverfassungsgerichts.

Was passiert gegenwärtig mit der Einkommensteuer? Wir haben im Körperschaftssteuerrecht, also in der Besteuerung des Einkommens der Kapitalgesellschaften, einen Steuersatz von 25%. Das ist geltendes Recht. Ob ein Unternehmen 100.000 € verdient oder eine Millionen oder eine Milliarde, sie zahlen 25%. Meine Frage war, wenn die Einkünfte aus Kapital nur mit 25% besteuert werden, sollen dann die aus Arbeit 42% bezahlen? Oder müssen die dann nicht auch 25% bekommen? Das war das große Thema des Wahlkampfes. Für die kleinen und mittleren Einkommen bedeutete das natürlich eine Entlastung, 10.000 € Freibetrag, dann 15%, 20 %, bis 25% Steuerbelastung.

Was passiert jetzt? Der Finanzminister der Bundesregierung senkt den Steuersatz für Kapital auf 12,5% und erhöht den Steuersatz für Arbeit – Reichensteuer - auf 45%. Das ist nicht mehr das, was wir mit diesem Verfassungsstaat gemeint haben. Wenn wir nicht sehen, dass wir für die Wirtschaft Arbeit und Kapital brauchen, dass wir in diesem Staat, der von seinen Köpfen lebt, die Arbeit begünstigen und die Eliten an der Flucht hindern müssen, ja, was dann? Das Kapital kommt allemal.

Wenn wir wieder einen Karl Benz, einen Daimler, einen Siemens, einen Bosch hätten, einen Freudenberg und wie sie alle heißen, das sind doch unsere Industriegrößen, das waren Erfinder, waren Nobelpreisträger! Wenn wir die wieder haben, und wir haben ja gute Chancen, die zu haben, die dürfen nur nicht, wenn sie bei uns habilitiert sind, weggehen in die USA und nach Japan. Wir müssen die Köpfe hier halten, die zukünftigen

Köpfe, um die geht's. Und da sagt mir jemand, wir müssen ein Steuerprivileg, ein weiteres Steuerprivileg für Kapital schaffen, damit das Kapital nicht geht. Das kommt dorthin, wo die Produktivität ist. Und deswegen müssen wir uns hier, an dieser Stelle wirklich besinnen: Haben wir noch die gedankliche Mitte für diese unsere Zukunft? Und ich will von der Staatsverschuldung 1,5 Billionen, die unsere Kinder mit Zins und Zinseszins zurückzahlen müssen, gar nicht sprechen. Der Befund ist dramatisch, dass wir die Lebensbedingungen in Deutschland für die Zukunft, das heißt für unsere Kinder, so verschlechtern, dass sie nicht annähernd bei großer Anstrengung die Chance haben, in ähnlichem freiheitlichem Glück leben zu können wie wir.

Was müssen wir tun? Wir müssen zum einen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf so organisieren, dass sie nicht zu Lasten der Kinder geht. Und dann müssen wir einfach die Wirklichkeit so nehmen, wie sie ist. Der überwiegende Teil der Menschen in Deutschland sind gute Eltern, die ihrem Kind zugewandt sind. Und für die müssen wir Rahmenbedingungen schaffen, insbesondere in der Kontinuität des Einkommens, des Familiengeldes, des Elterngeldes, dass sie in der Entscheidung für das Kind keinen ökonomischen Nachteil haben. Das lässt sich organisieren, wenn wir etwa die 56 Milliarden, die in den letzten drei Jahren an Steuerentlastungen für die Industrie ausgegeben worden sind, und die 8 Milliarden, die just jetzt wieder für die Industrie ausgegeben werden, für das Familienprogramm nehmen. Wir hätten das leicht finanziert, wir hätten es sogar überfinanziert. Sage mir keiner, wir hätten das Geld nicht, es ist eine Frage der Prioritäten! Worauf setzen wir?

Dann müssen wir zweitens sehen - auch das ist Realität -, dass ein Teil unserer Eltern nicht erziehungsfähig ist. Aber auch diese Kinder brauchen eine Chance. Und für diese Kinder müssen wir selbstverständlich das Wächteramt des Staates aktivieren, damit der Staat die Ersatzeltern darstellt. Wir können nicht einfach sagen, wir haben ein Ideal und dort, wo es nicht passt, haben die Kinder eben keine Chance, sondern wir müssen uns beiden widmen. Und deswegen wäre es ein ganz großer Einstieg in eine gerechtere Familienordnung, wenn wir den Gedanken des Elterngeldes, des Familiengeldes Ernst nähmen, es als Leistungsentgelt verstehen, nicht als soziale Wohltat für einen Menschen, der arm geworden ist, weil er Kinder hat, sondern im Gegenteil eine Leistungsanerkennung für denjenigen, der diesem Leistungssystem eine Zukunft gibt, der die größte Leistung erbracht hat. Und das wäre finanzierbar, und dann sollen natürlich ab Kindergartenalter, das ist auch keine Frage, die Kinder langsam in die Gesellschaft hineinwachsen, sich begegnen können mit Gleichaltrigen, Verzicht lernen, Durchsetzung lernen usw., dieses Konzept ist ja geläufig.

Dann müssen wir im Recht der sozialen Sicherheit, der Rente, als Erste - dem Grunde und der Höhe nach - diejenigen berechtigen, die diesen Generationenvertrag ermöglicht haben, und das sind die Mütter. Die Mütter müssen im Alter den höchsten Rentenanspruch haben aus dem Generationenvertrag, weil wir eine Leistungsgesellschaft sind, die

immer fragt, was hast du für dieses Konzept getan? Und ein Generationenvertrag, dem der eine Vertragspartner wegbricht, die Jugend, dem gerade der Vertragspartner wegbricht, der Schuldner sein soll, ein solcher Vertrag ist nichts wert. Und auch das können wir der Öffentlichkeit, diesen Menschen bewusst machen.

Wir müssen im Steuerrecht umsteuern auf Familiengerechtigkeit. Das heißt erstens, wir müssen am Ehegattensplitting festhalten und das Ehegattensplitting verteidigen! Wir haben das Prinzip der Individualversteuerung, jeder versteuert das Einkommen, das er persönlich verdient hat, wenn er aber seinen Gewinn erzielt hat in einer Erwerbsgemeinschaft, in einer OHG, einer KG, einer GmbH oder was immer, dann darf derjenige, der einen gemeinsamen Gewinn erzielt hat, diesen aufteilen, zum Zwecke der individuellen Besteuerung. Also drei Gesellschafter der OHG verdienen 100, dann kriegt jeder 33,3%, und dann versteuert er nur 33,3%. Jeder hat einen Freibetrag, niedriger Progressionssatz. Wenn das alle Erwerbsgemeinschaften dürfen, dann muss es erst recht die Erwerbsgemeinschaft dürfen, an der uns und unsrer Zukunft in besonderer Weise gelegen ist, und das ist die Ehe. So einfach ist das. Und dann sehen wir, dass von dem Gehalt des Vaters, sagen wir mal nicht zwei Personen, sondern fünf Personen leben, weil er drei Kinder hat. Und dann schauen wir in das Familiengesetzbuch, und da steht drin, dass der Vater einen wesentlichen Teil seines Einkommens seinen Kindern als Unterhalt schuldet. Dieses Einkommen gehört den Kindern, nicht dem Vater. Also können wir es beim Vater nicht versteuern, weil er es nicht hat. Wir können es allenfalls bei den Kindern, aber die haben es nicht verdient. Also müssen wir entweder deutlich erhöhte Freibeträge haben oder wir müssen das Familiensplitting einführen. Die Erweiterung des Ehegattensplitting auf das Familiensplitting.

Warum haben wir in dieser Demokratie, wo alle Menschen aus einer Familie stammen und die meisten Menschen in einer Familie leben, nicht die Kraft, das durchzusetzen? Weil die Mächtigen des Geldes längst das Familiensplitting erreicht haben. Sie gründen eine Familien-KG, eine Kommanditgesellschaft, geben Sohn oder Tochter mit dem ersten Schrei einen Anteil an dieser Gesellschaft, das schenkt ihnen der Vater oder die Mutter, und dann kann das Kind sein ganzes Leben lang einen Teil des Einkommens dieser KG als persönliche Bezüge versteuern. Und wenn das diejenigen haben, die viel Geld und einen guten Ratgeber haben, dann sollen das auch diejenigen haben, die ein Einkommen haben, aus Arbeit leben, also hier wieder die Gleichbehandlung von Arbeit und Kapital.

Wir wollen Wachstum. Das ist die große Parole unserer Gegenwart.
Wachstum beginnt beim Kind.
Wenn das Kind nicht wächst, werden wir kein Wirtschaftswachstum haben.
Wenn das Kind nicht wächst, wird unsere Kultur sich nicht erweitern
Wenn das Kind nicht wächst, werden wir diese Geschichte, diese Sprache, diese Religion in Zukunft so nicht mehr haben. Kämpfen wir für mehr Wachstum!